



**SÜDOSTEUROPA-
GESELLSCHAFT**



europa-union deutschland
Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

Wir laden Sie herzlich ein zu einer aktuellen Podiumsdiskussion zum Thema

Albanien ante portas? EU-Perspektiven des Westbalkanlandes in der Diskussion

Dienstag, 15. Mai 2018, 18:30 Uhr

**Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus (PLH), Raum E 800 / Eingang West,
Konrad-Adenauer-Str. 1 (gegenüber Bundeskanzleramt)**

Konferenzsprachen: Deutsch und Englisch (mit Simultanübersetzung)

Begrüßung

- Dr. Hansjörg **Brey**, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft
- Dr. Otto **Schmuck**, Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland und Sprecher der Arbeitsgruppe "Zukunft der EU"

Key Note

Michael **Roth**, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt

Am Podium diskutieren

- Romana **Vlahutin**, Botschafterin der Europäischen Union in Albanien
- Thorsten **Frei**, MdB, CDU, Berichterstatter für Albanien im Auswärtigen Ausschuss
- Manuel **Sarrazin**, MdB, Sprecher für Osteuropapolitik, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft
- Ardian **Hackaj**, Research Director, "Cooperation and Development Institute", Tirana

Moderation: Michael **Martens**, Korrespondent für Südosteuropa und die Türkei,
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Athen

Wir laden Sie im Anschluss an die Veranstaltung ein zu einem kleinen Empfang.

Um in das Paul-Löbe-Haus zu kommen, benötigen Sie ein amtliches Personaldokument. Eine namentliche Anmeldung mit Angabe des Geburtsdatums ist erforderlich. Wir bitten um Ihre Anmeldung auf beigefügtem Formular bis spätestens 8. Mai 2018

„Zum Thema“ siehe nächste Seite!

Zum Thema:

Albanien, seit 2014 Kandidat für den EU-Beitritt, erhofft sich, beim Europäischen Rat Ende Juni 2018 grünes Licht für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zu bekommen. Umso mehr, als die Europäische Kommission im Februar eine neue Erweiterungsstrategie vorlegte und betonte, dass eine EU-Mitgliedschaft der Westbalkan-Staaten im politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interesse der Union sei. Am 17. April empfahl die Kommission dem Europäischen Rat, im Lichte der erreichten Fortschritte Beitrittsverhandlungen mit Albanien zu eröffnen und damit die bestehende Reform-Dynamik zu erhalten und zu vertiefen.

Albanien hofft auf eine Anerkennung seiner Reformbemühungen, die sich auf die Schlüsselbereiche Justiz- und Verwaltungsreform, Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption sowie den Schutz der Menschenrechte konzentrieren.

In den EU-Mitgliedsländern gibt es freilich viele kritische Stimmen, die an der Nachhaltigkeit insbesondere im Bereich der Justizreform zweifeln. Die Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten („vetting“) ist eine der zentralen Voraussetzungen, die Albanien erfüllen muss. Unter der Federführung der EU-Kommission ist eine *International Monitoring Operation (IMO)* eingerichtet worden, die den Überprüfungsprozess im Justizwesen überwacht. Wie stabil ist die innenpolitische Lage in Albanien, einem Land, dessen Parteien tiefe Gräben trennen? Gibt es einen nachhaltigen und parteiübergreifenden Konsens und Dialog im Bereich der für die EU-Annäherung notwendigen Reformen und deren Implementierung?

Auch außenpolitisch machte Albanien erst im Februar 2018 Schlagzeilen, als Premierminister Edi Rama im Parlament die Idee eines gemeinsamen Präsidenten für Albanien und Kosovo ins Spiel brachte. Solche Äußerungen sind Wasser auf den Mühlen der Erweiterungsgegner und schüren die Angst vor großalbanischen Ideen und einer instabilen Balkanregion.

Wir laden Sie herzlich ein, mit uns einen intensiveren Blick auf Albanien zu werfen und eine offene und möglichst sachliche Debatte über das Für und Wider von Beitrittsverhandlungen mit dem Balkanland zu führen.